

Zürcher Grossprojekte

Politik muss wieder Kultur werden

Genau wie Pressefreiheit bedeutungslos ist, wenn sie nicht ausgeschöpft wird, kommt es darauf an, was demokratisch verhandelt wird, und mehr noch, was nicht.

Gastkommentar | von **Andreas Diethelm** | 20.1.2016, 17:03 Uhr | [1 Kommentar](#)

Von gesunder Stadtentwicklung gibt es wohl so viele Vorstellungen wie Bewohner und Bewohnerinnen. Hinzu kommen Begehrlichkeiten, die wenig mit der Sorge um den realen Ort zu tun haben, an dem man wohnt und arbeitet, herumfährt und spaziert, liebt und streitet, lebt und vielleicht stirbt, dafür viel mit globalen Verstrickungen. Man spricht dann kurzerhand vom Wirtschaftsstandort. Kürzlich wurde an dieser Stelle vor dem Hintergrund eines Eishockeystadionprojekts bedauert, dass Geld und Geist heute nicht (mehr) leicht zusammenfänden (NZZ 29. 12. 15).

Eine interessante These. Zürich ist, mit Blick auf die Weltkarte – bitte um Verzeihung –, eine Kleinstadt. Und wenn die Soziologin Saskia Sassen sie zu den Global Citys zählt, spricht sie von der Drehscheibe weltweiter Finanzströme. Die Globalisierungsforscherin thematisiert, was wir längst auch feststellen, aber verschweigen: Die Politik ist aus dem Staat verschwunden. Der Staat verwaltet und ermächtigt, immer bürokratischer, immer professioneller, und die gebaute Stadt läuft dabei Gefahr zu veröden. Den Kurs bestimmen andere, informelle politische Akteure, welche formal private Projekte verfolgen, multinationale Unternehmen, Finanzmärkte. Dies hinterlässt Spuren: Achtzig Prozent der Super-Prime-Immobilien (also jene im obersten Preissegment) seien in ausländischen Händen, sagt Sassen.

Wenn nun der Staat im Stil einer Roadshow (mit welcher Aktien vor dem Börsengang eines Unternehmens hochgeschwatzt werden) einen «Wissens- und Gesundheitscluster» anpreist, für den man das Hochschulquartier überbauen müsse, dann ist Politik unerwünscht, dann wird der Souverän wortreich eingeladen – nein, nicht zur Zeichnung gewinnträchtiger Aktien, sondern – zur Abtretung des Quartiers als Bauplatz und zur Einsicht, dass der Griff in die Steuergeldschatulle für das Sechs-Milliarden-Projekt ihm zum Wohl gereiche – und nicht etwa dem Baugewerbe. Die politische Frage,

ob diese Expansion denn notwendig sei, um die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung zu sichern, oder nicht vielmehr, um am Zürichberg eine global vermarktbar klinische Medizinindustrie neu anzusiedeln für künftigen Spitaltourismus, diese Frage und auch die Standortfrage, insbesondere bezüglich des nichtmedizinischen Projektbereichs, sollen bitte unterbleiben, denn der Entscheid sei längst gefallen. Wer trotzdem noch Fragen hat, etwa nach einem Finanzplan, muss sich wahlweise Kleingeist, Bedenkenträger oder Nörgler sagen lassen. Auf diese Realitäten prallt heute republikanisch verstandene Politik.

Die Verfassung garantiert uns direkte Demokratie. Ist das beruhigend? Nein, ist es nicht. Es geht um die Substanz. Genau wie Pressefreiheit bedeutungslos ist, wenn sie nicht ausgeschöpft wird, kommt es darauf an, was demokratisch verhandelt wird und, mehr noch, was nicht.

Im Zuge des New Public Management wurden öffentliche Verwaltungen semantisch auf Bürgernähe eingestellt. Wenn es jedoch um Bürgerbeteiligung bei der Stadtgestaltung und -entwicklung geht, dann fällt die Maske rasch. Man lässt sich zwar regelmässig mit Umfragen die Bürgerzufriedenheit attestieren, aber lieber wird informiert als Intervention geduldet oder gar berücksichtigt. Was in angelsächsischen und in einigen nördlichen Nachbarländern auf kommunaler Ebene seit Jahrzehnten etabliert ist, ist hier bestenfalls lästige Pflichtübung.

Zweifellos findet man im Lande eine Vielzahl schöner Gegenbeispiele, doch im Flughafenkanton, wo man ja unlängst noch in «Unique» Zürich begrüsst wurde, herrscht halt schon ein Quentchen Arroganz, und die macht bekanntlich fehleranfällig, und das wiederum kann die Steuerzahler dann über längere Zeit beschäftigen. Wir wollen aber nach vorne schauen: Nicht weniger als ein Kulturwandel ist bei Verwaltungs- und Exekutivbehörden in der Einstellung zum Bürger, an dessen Tropf sie hängen, vonnöten. Politik muss wieder Kultur werden.

Andreas Diethelm ist Pflanzenbiologe und Umweltberater in Zürich.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.